



Leseprobe aus Kiess, Die soziale Konstruktion der Krise, ISBN 978-3-7799-6064-5

© 2019 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel

[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6064-5)

isbn=978-3-7799-6064-5

I. Einleitung

Wie nahmen die Sozialpartner in Deutschland die Finanz- und Weltwirtschaftskrise 2008 und in den Folgejahren wahr? Welche Deutungen und Paradigmen prägten ihre Zusammenarbeit? Wie kommunizierten sie über die Krise in der Öffentlichkeit? Und wird dies längerfristige Auswirkungen haben? Diese Fragen sind aus zwei Gründen eine tiefgehende Untersuchung wert: Zum einen handelte es sich bei dieser Krise, wie die hier untersuchten Verbände selbst immer wieder herausstellten, um eine besonders schwerwiegende Krise und damit eine Ausnahmesituation. Die Analyse der Deutungen dieses Extremfalls verspricht deshalb Aufschluss über tieferliegende Überzeugungen, Entwicklungen und Erwartungen bezüglich der Sozialpartnerschaft und deren wirtschafts- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen (Modell Deutschland). Dies kann für spätere Krisen wie für den Normalfall nützlich sein, wenn auf diese Erfahrungen und Reflektionen aufgebaut werden kann.

Zum anderen hat eine solche Krise das Potenzial, über veränderte Deutungen institutionellen Wandel zu beschleunigen oder gar zu Richtungsänderungen zu führen. In den 1990er und 2000er Jahren diagnostizierte die Literatur immer wieder eine Krise des Korporatismus (siehe Kapitel III), also eine Schwächung des Verbändesystems und damit eines wichtigen Grundpfeilers der gesellschaftlich-politischen Struktur der Bundesrepublik. Mögliche, durch die Krise beschleunigte Veränderungen der Sozialpartnerschaft haben also weitreichende Auswirkungen auf die Interessenvermittlung und damit für die Bevölkerung insgesamt.

Die industriellen Beziehungen in Deutschland unterliegen, wie allgemein Institutionen in fortgeschrittenen politischen Ökonomien (Streeck & Thelen 2005), kontinuierlichem Wandel. Da mit der Rede von Krisen Handlungsdruck verbunden ist, stellen sie *Windows of Opportunity* für (eventuell beschleunigte) Veränderungen dar. Um zu klären, inwiefern dies für den Fall Deutschland sowie speziell für die industriellen Beziehungen zutrifft, muss zunächst untersucht werden, ob und inwiefern relevante Akteure eine Krise konstatieren. So lautet die Ausgangsfrage dieser Arbeit: *Wie haben deutsche Sozialpartner die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 bis 2015 interpretiert und in der Öffentlichkeit dargestellt?*

Um sich dieser Frage zu nähern, sind einige Vorüberlegungen notwendig. Krisen, das wird in der vorliegenden Arbeit zu zeigen sein, beanspruchen Aufmerksamkeit, fordern Entscheidungen und nicht zuletzt Handeln. Genauer gesagt sind es nicht Krisen selbst, sondern Akteure, die etwas mit Verweis auf eine Krise fordern. Und es sind Akteure, die sich auf Grund ihrer Krisenwahr-

nehmung gefordert und beansprucht fühlen. Krisen sind in diesem Sinne immer interpretationsbedürftig: Was ein Akteur fordert und wovon er sich gefordert fühlt, hängt davon ab, was er weiß (Blyth 2002: 29; Newman 2010) und auf welche Wissensbestände, Interpretationen und Deutungen er zurückgreift.

Der konkrete Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist das Krisen-*Framing* der Sozialpartner in Deutschland zwischen 2007 und 2015 mit einem Fokus auf der Metallindustrie, der Bauwirtschaft sowie den beiden Dachverbänden von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Dabei sollen zwei miteinander eng verknüpfte Aspekte analysiert werden, wobei der erste dem zweiten logisch vorausgesetzt ist: Zum einen trägt die Untersuchung des *Framings* der Ausgangsthese Rechnung, dass eine Krise im sozialwissenschaftlichen Sinne immer nur als bereits interpretierter Tatbestand zu beobachten ist. Die empirisch vorfindbaren Krisendiagnosen – etwa die Bezeichnung einer Arbeitslosigkeitssteigerung von einem Prozent als Krise, nicht aber einer Steigerung von einem halben Prozent – sind in diesem Sinne abhängig von den Wahrnehmungen und Darstellungen der Akteure. Dies gilt es anhand der ausgewählten Verbände empirisch zu belegen.

Zum anderen untersucht die Arbeit auf der Grundlage veröffentlichter Pressemitteilungen (also strategischer Interventionen in der Öffentlichkeit), wie die Sozialpartner Krise(n) sowohl in alltäglichen Konflikten als Argumente anführen, als auch im Sinne eines *Window of Opportunity* zur Veränderung der industriellen Beziehungen in einer (wahrgenommenen bzw. ausgerufenen) akuten Krisensituation selbst nutzen. Der hier vertretenen *Framing*-Perspektive folgend ist eine Krise also immer auch Mittel zum Zweck im Konflikt zwischen Akteuren. Diese Konflikte können sich sowohl um konkrete Gegenstände oder Ressourcen (Konflikte erster Ordnung) als auch um den Konfliktrahmen, also die institutionellen Bedingungen von Konfliktaustragung selbst (Konflikt zweiter Ordnung, siehe Fehmel 2014) drehen. Dieses strategische *Framing* (Aspekt 2) bleibt dabei eng gekoppelt an die zunächst erfolgte Situationswahrnehmung, also die Deutung der Krise durch die Akteure (Aspekt 1).

Mit dem Fokus auf Wissensbestände, Deutungen und Interpretationen, also dem *Framing* durch die Akteure, bietet die vorliegende Arbeit eine Reflexion über die Positionierungen ausgewählter Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Im Forschungsfeld industrielle Beziehungen nimmt die *Framing*-Perspektive bisher ein Randdasein ein. Dort stehen häufig (vermeintlich) eindeutig identifizierbare Interessen und (bzw. oder) der Wandel von Institutionen im Vordergrund. Demgegenüber bietet die vorliegende Arbeit die theoretische Berücksichtigung ideenbasierter Ansätze und die empirische Untersuchung der relevanten Akteursdeutungen. Insofern ist die Untersuchung des *Framings* auch für gesellschaftliche Akteure wie die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände selbst relevant, als sie ihr *Framing* auf Plausibilität, Anschlussfähigkeit und damit Strategietauglichkeit überprüfen können (Snow & Benford 1988).

Die systematische Untersuchung und der Vergleich der Akteure hilft eigene Positionen einzuordnen. Zudem können kaum anschlussfähige Deutungen reflektiert und eventuell angepasst werden.

Der darüber hinaus interessierten Leserin bietet die vorliegende Arbeit außerdem eine Untersuchung eines Ausschnitts des deutschen Krisendiskurses. Dieser Diskurs besitzt weit über die Sozialpartnerschaft hinaus Relevanz, da die Krise und ihre Bearbeitung mithilfe der Verbände eine ganze Reihe weiterer Politikfelder beeinflusste. Über den deutschen Fall hinaus ist die Untersuchung deshalb relevant, da die von diesem Diskurs geprägten Entwicklungen in Deutschland eng verknüpft sind mit der Entwicklung in Europa. So gilt gerade die deutsche Sozialpartnerschaft als wichtige Referenz im internationalen Vergleich (Unger 2015) und in Deutschland dominante Deutungen beeinflussen die europäische Politik maßgeblich (Hall 2012; Matthijs 2016; Schmidt 2013). Damit ist auch die Reichweite der Arbeit benannt: Es handelt sich um eine begrenzte Fallstudie, die aber über den Einzelfall, das heißt den Untersuchungszeitraum wie die Akteurskonstellation, hinaus Relevanz behaupten kann, da sie mit der Sozialpartnerschaft gesamtgesellschaftlich bedeutende Absprachen und Richtungsentscheidungen behandelt.

Fragestellung: Revitalisierung des Korporatismus oder kurzfristiger Krisenkorporatismus?

Die Arbeit verfolgt die wissenssoziologische – nicht konstruktivistische (Soeffner 1992) – *These der sozialen Konstruktion von Krisen* und unternimmt es diese mit einer explorativ angelegten Analyse des Krisen-Framings der Sozialpartner zu belegen. Eine solche Reflexion aus wissenssoziologischer Perspektive (P. A. Berger & Luckmann 1967) weist zunächst auf die Standortabhängigkeit (Mannheim 1995) jeder Krisenperzeption hin. Auf dieser Grundlage lässt sich dann die Frage beantworten, ob und welche Auswirkungen die Krise auf die industriellen Beziehungen in Deutschland hatte.

Als Reaktion auf den von allen beteiligten Akteuren als enorm wahrgenommenen Wirtschaftseinbruch im Winter 2008/2009 ergriff die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen (siehe Kapitel VI), die offensichtlich auf die Institutionen der Sozialpartnerschaft aufbauen konnten und mehr oder auch weniger einstimmig von den entsprechenden Verbänden gefordert und begleitet wurden. Dazu gehörten, zusätzlich zu betrieblichen und tarifpolitischen Maßnahmen, vor allem die Sicherung der Beschäftigung durch die Ausweitung der Kurzarbeit, aber auch die Abstimmungen zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf den Krisengipfeln der Bundesregierung (u. a. Infrastrukturmaßnahmen, Umweltprämie, steuerliche Maßnahmen).

Gerade die um die Jahrtausendwende als besonders reformbedürftig geltende Arbeitsmarktregulierung (siehe Agenda 2010-Politik der damaligen rot-

grünen Bundesregierung) wurde plötzlich als *Best-Practice*-Modell gefeiert (z. B. Unger 2015), weil Deutschland als eines der wenigen Länder in Europa ohne erhöhte Arbeitslosigkeit und mit imposanten Wachstumszahlen gestärkt aus der Krise kam. Insofern bezieht diese Arbeit den Krisendiskurs 2007 bis 2015 auf die davor in der Literatur wie der Öffentlichkeit geführte Diskussion um die Reformbedürftigkeit des deutschen Modells. Aus diesem Verhältnis ergibt sich folgende erweiterte empirische Fragestellung: *Wie haben die deutschen Sozialpartner die Krise 2007 bis 2015 wahrgenommen und (in der Öffentlichkeit) gedeutet? Inwiefern argumentierten die Sozialpartner mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise für eine Veränderung des deutschen Modells?* Daran anschließend beantwortet diese Arbeit außerdem folgende Fragen: *Handelte es sich bei der pragmatischen wie erfolgreichen Zusammenarbeit Ende des Jahres 2008 nur um einen vorübergehenden Krisenkorporatismus? Lässt sich auf Grundlage der Krisenwahrnehmung durch die Sozialpartner und ihrer Kommunikation ein Wandel der industriellen Beziehungen erkennen?*

Zum einen existiert in Deutschland eine korporatistische Tradition und die institutionellen Bedingungen (ausgeprägte Verbändelandschaft, rechtliche Verankerung usw.) machen weitere tripartistische Bündnisse und tarifpolitische Übereinkünfte – unabhängig von gemischt ausfallenden Bilanzen – wahrscheinlich (dazu und zum Folgenden Kapitel III), auch weil die mit diesen Institutionen verknüpften Erwartungen das Handeln der Akteure prägen (Kapitel IV). Zum anderen wurde in der Literatur seit den 1980er Jahren immer wieder eine Krise des Korporatismus konstatiert (u. a. Streeck 1993, 1999; Müller-Jentsch 1999; Brinkmann & Hans-Böckler-Stiftung 2008), die sich in abnehmenden Mitgliedszahlen der Gewerkschaften, sinkender Tarifbindung der Unternehmen, einem Rückgang der betrieblichen Mitbestimmung sowie sinkendem Einfluss der Sozialpartner (bzw. der Gewerkschaften) ablesen lasse. Die zunehmende Machtasymmetrie zuungunsten der Gewerkschaften und die durch die globale Vernetzung von Wirtschaftskreisläufen induzierten Veränderungen des Produktionsregimes (Heinze 1998; Brinkmann & Hans-Böckler-Stiftung 2008; Bosch et al. 2009; Deppe 2012; Tullius & Wolf 2012; Arrowsmith & Pulignano 2013; Holst & Dörre 2013; Eichhorst & Weishaupt 2013) führe, so die vielstimmige Einschätzung, zu ungleich verteilten Gewinnen (wettbewerbs-) korporatistischer Bündnisse und lasse (friedliche) Kooperation langfristig unattraktiver werden.

Unter dem Stichwort Krisenkorporatismus (Urban 2012) halten nach der Überwindung der Wirtschaftskrise von 2008/2009 einige Autorinnen und Autoren ein *Revival* des deutschen Modells (z. B. Tullius & Wolf 2012; Eichhorst & Weishaupt 2013; Holst & Dörre 2013) zumindest für möglich. Zunächst fand in Deutschland einerseits eine enge korporatistische Abstimmung der politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise statt. Andererseits trugen die zentralen Mechanismen der internen Flexibilisierung durch tarifpolitische wie betriebli-

che Vereinbarungen und Kurzarbeit deutlich sozialpartnerschaftliche Züge. Eine Vielzahl von Institutionen des angeblich krisenhaften Modells Deutschland war also, nach dieser Lesart, immer noch vorhanden und funktionsfähig. Bei der Sicherung der Beschäftigung wirkte zudem eine temporäre Interessenkongruenz der Akteure. Jedenfalls hat es daran anschließend in der Krise (zeitweise) sowohl bei den Verbänden selbst als auch in der Öffentlichkeit zumindest eine zwischenzeitliche Neubewertung der Zusammenarbeit gegeben (so auch die Interviewpartner selbst, siehe Kapitel VII).

Vor diesem Hintergrund lässt sich die Ausgangsfrage nach dem Krisen-Framing ausdifferenzieren und um vermutete Erklärungsfaktoren ergänzen. Diese Arbeit zeigt, dass die Krisenwahrnehmungen stark von (wirtschaftspolitischen) Paradigmen und Grundüberzeugungen der Akteure sowie sektorialem und klassenpolitisch strukturiertem Erfahrungswissen (auch der Mitglieder) abhängen. Ideen rücken als Erklärungsfaktor für Akteurshandeln ins Zentrum. Dazu treten die Wahrnehmung von und Erwartungen an bestehende Institutionen, insbesondere jener der Sozialpartnerschaft. Und schließlich sind Interessen, die sich auf Grundlage von Situationsinterpretationen und der Abwägung von Erwartungen herausbilden, ein weiterer, aus kognitiven und normativen Ideen entspringender und ihnen insofern nachgeordneter Aspekt für das Verständnis der Krisendeutungen. Dabei ist vor allem die Wahrnehmung der eigenen Konfliktfähigkeit relevant, denn diese bestimmt, inwiefern eine Krise als Möglichkeitsfenster zur Verbesserung des institutionellen *Status quo* genutzt werden kann. Auf dieser empirischen Grundlage können schließlich die Bedingungen für die weitere sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit beurteilt werden.

Zur Einbettung der Forschungsperspektive

In den vergangenen Jahren hat die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und in ihrem Nachgang eine Kaskade von Krisen (Euro-Krise, Staatsschuldenkrise, Leistungsbilanzkrise, siehe Kapitel VI für eine ausführliche Darstellung) vor allem, aber nicht nur in Europa die Menschen, intermediäre Organisationen und Regierungen gleichermaßen in Atem gehalten (u. a. Armingeon & Guthmann 2014; Lehndorff 2014; Cinalli & Giugni 2016; Vobruba 2017). Entsprechend dominierten diesbezügliche Forschungsprojekte und Publikationen die sozialwissenschaftliche Forschung der jüngeren Vergangenheit. Gerade die Soziologie hat sich allerdings immer schon besonders gerne mit Krisen beschäftigt (Preunkert 2011; siehe auch Repplinger 1999), nicht zuletzt deshalb, weil die Beobachterinnen selbst Veränderungen der gesellschaftlichen Zustände erwarteten.

Gleichzeitig existiert eine reflexive Debatte um den Begriff Krise und darum, was eigentlich gesagt wird, wenn ein Akteur (eine Regierung, die Me-

dien, ein Unternehmen, ein Fußballtrainer, ein Arzt) oder gar eine Sozialwissenschaftlerin eine Krise diagnostiziert (grundsätzlich: Habermas 1973; Koselleck 1982). Und auch im Forschungsfeld industrielle Beziehungen sowie in der Gewerkschaftsforschung ist die krisenbezogene Literatur in den letzten Jahren stark angewachsen (z. B. Gumbrell-McCormick & Hyman 2013; Lehndorff et al. 2017), vor allem in Deutschland verbunden mit der oben bereits gestellten Frage nach einer Revitalisierung der Sozialpartnerschaft vor dem Hintergrund der in den 1990er Jahren ausgerufenen Krise des Korporatismus.

Im Gegensatz zum Gros der industriesoziologischen Literatur, die sich hauptsächlich mit *Policies*, Machtressourcen und Institutionen beschäftigt, nimmt die vorliegende Untersuchung zur Bearbeitung der Forschungsfragen explizit die *Framing*-Perspektive ein. Unter dem Oberbegriff *Framing* gefasste und vor allem in den Kommunikationswissenschaften sowie der Mobilisierungsforschung beheimatete Ansätze erlauben einerseits eine Fokussierung auf die Krisendeutungen der Akteure selbst sowie andererseits auf ihre strategische Kommunikation, mit der sie Krisen für ihre Zwecke zu nutzen versuchen. Kapitel II dieser Arbeit entwickelt deshalb zuerst einen soziologischen Krisenbegriff, stellt sodann die These auf, dass Krisen sozial konstruiert sind, und führt schließlich in die *Framing*-Perspektive ein, um diese These empirisch vertiefen zu können.

Um Missverständnissen schon an dieser Stelle vorzubeugen: Die Betonung der Tatsache, dass Krisen sozial konstruiert sind, bedeutet ausdrücklich nicht, dass diese Krisen nicht real wären und keine realen Auswirkungen auf die Menschen, die unter ihnen leiden, hätten. Doch Krisen – die Bezeichnung bestimmter Entwicklungen als Krise – sind nicht *per se* da, sondern es handelt sich qua ihrer Bezeichnung als Krise immer um interpretierte und kommunizierte Tatsachen. Wie diese Deutungen entstehen, sollte deshalb Gegenstand wissenssoziologischer Analyse sein. Darüber hinaus konzipiert die vorliegende Arbeit Krisen als soziale Entscheidungssituationen. Mit der Beschreibung einer Krise wird Handlungsdruck kommuniziert, meist verbunden mit Handlungsaufforderungen an bestimmte Akteure. Genau deshalb kommt der Wahrnehmung und Kommunikation der Krise durch die Akteure selbst eine entscheidende Bedeutung zu. So geht die Untersuchung über die bisherige Forschung zu industriellen Beziehungen und dem deutschen *Krisenkorporatismus* hinaus: Was eine Krise ist, ist maßgeblich abhängig davon, wie konkrete Akteure, die sich selbst und gegenseitig unter Handlungsdruck sehen, die Krise wahrnehmen und in der Öffentlichkeit kommunizieren.

Diese Arbeit untersucht zudem das deutlich unterscheidbare Krisen-*Framing* einzelner Verbände. Unterschiede sind nicht nur zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften zu erwarten, sondern auch zwischen Branchen. Aus diesem Grund werden jeweils die Sozialpartner der Metallindustrie (exportorientierter Hochlohnsektor) und der Bauwirtschaft (binnen-

wirtschaftlich orientierter Niedriglohnsektor) untersucht. Außerdem werden die Dachverbände miteinbezogen, um Unterschiede zwischen diesen und sektoralen Perspektiven zu berücksichtigen. Letztlich ist auf Grund der klassenpolitischen Logik der Sozialpartnerschaft zu vermuten, dass die Unterschiede zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern aber überwiegen.

Konkret ist die Untersuchung auf das *Krisen-Framing* der Sozialpartner in drei analytisch getrennten Dimensionen gerichtet (siehe Goffman 1974; Snow & Benford 1988; Entman 1993), die hier kurz und ohne die Ergebnisse schon ausführlich zu diskutieren skizziert werden. In der motivationalen Dimension werden Signifikanz, Intensität und Betroffenheit durch die Krise verhandelt. Es zeigt sich erwartungsgemäß, dass Gewerkschaften stärker die Auswirkungen auf die Lohnabhängigen thematisierten. Die Arbeitgeberverbände sprachen seltener von konkreten Auswirkungen und stellten dann die Schwierigkeiten der Wirtschaft beziehungsweise konkret der von ihnen vertretenen Unternehmen in den Vordergrund. Auch zeitlich und bezüglich der Intensität zeigen sich deutliche Differenzen. Die Gewerkschaften kamen aus einer schwierigen machtpolitischen Position, nachdem ihre Organisationsmacht seit den 1980er Jahren stark erodiert war (siehe Kapitel III). Vor diesem Hintergrund nutzten sie die Krise wortgewaltig, um die grundsätzlichen Mängel des gegenwärtigen Entwicklungspfades des deutschen Modells hervorzuheben und die Krise als Systemkrise darzustellen. Demgegenüber betonten die Arbeitgeber die Krise als Risiko vor allem, um tarifpolitische Zugeständnisse zu erreichen und auf weiteren sozialpolitischen Reformbedarf zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hinzuwirken, stellten sonst aber den vorübergehenden Charakter der Krise heraus, da sie die gegenwärtige Wirtschafts- und Europa-politik für (folge-)richtig hielten. Die diametral entgegengesetzte Wahrnehmung der Krise – vereinfacht: *Systemkrise* vs. *Konjunkturkrise* – beruhend auf unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Paradigmen tritt in der Analyse besonders zwischen dem DGB auf der einen und Gesamtmetall und BDA auf der anderen Seite zu Tage.

Die zweite Dimension des *Framings* umfasst der einschlägigen Literatur folgend (Goffman 1986; Snow & Benford 1988) Ursachennennungen sowie Schuldzuschreibungen und ist als diagnostisches *Framing* treffend bezeichnet. Insbesondere mit Blick auf die Entwicklung – von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und den hauptsächlich nationalen Reaktionen hin zu einer europäischen Staatsschuldenkrise und der weithin praktizierten Austeritätspolitik – ist die Krisendiagnose bis heute heftig umstritten. Die Gewerkschaften prangerten langfristige politische Entwicklungen mit Stichworten wie *Deregulierung des globalen Kapitalismus* sowie *Neoliberalismus* an und machten Marktakteure (insb. Banken), aber auch politische Entscheider für diese Entwicklungen verantwortlich. Demgegenüber wiesen die Arbeitgeberverbände die Verantwortung der von ihr vertretenen Wirtschaft sowie die von den Gewerk-

schaften angeprangerten Auswirkungen der Liberalisierungspolitik zurück und verwiesen auf hohe Staatsschulden als Ursache und weiterbestehendes Risiko.

Diese Arbeit argumentiert, dass die Unterschiede im *Framing* zwischen den Verbänden nicht alleine aus der Mitgliederbasis abgeleitet werden können beziehungsweise auf dem Interessengegensatz Arbeit–Kapital beruhen, wenngleich sich diese in der Analyse erwartungsgemäß als die zentrale Konfliktlinie herausstellte. Darüber hinaus ist diese Konfliktlinie aber auch durch eine ideologische Frontstellung gekennzeichnet, die sich mit den Begriffen *Marktversagen* vs. *Staatsversagen* zuspitzen lässt. Dahinter stehen bei den Akteuren, aber auch in der Gesellschaft insgesamt verankerte wirtschaftspolitische Paradigmen, die die Wahrnehmung der Krise prägten. Paradigmen beinhalten normative und kognitive Ideen darüber, wie die Welt funktioniert und darüber, wie sie funktionieren sollte (siehe Kapitel IV). Die Auseinandersetzung über die Krise ist insofern auch eine Auseinandersetzung über die normative Gültigkeit von Deutungsmustern (Gramsci 1971; Neubert 2001; Buckel & Fischer-Lescano 2007).

Schließlich umfasst das Krisen-*Framing* der Sozialpartner potenzielle und jeweils für richtig gehaltene Lösungen, die die vorliegende Arbeit als prognostisches *Framing* untersucht. Zum einen beruhen diese Deutungen wiederum auf Paradigmen, also Vorstellungen darüber, was bestimmten kognitiven wie normativen Ideen folgend im Angesicht der Krise zu tun wäre. Zum anderen – so die Annahme dieser Arbeit – *framten* die Sozialpartner die Krise sowohl im Hinblick auf Konflikte innerhalb des bestehenden Systems industrieller Beziehungen (Konflikte erster Ordnung) als auch mit der Absicht, dieses institutionelle Setting zu verändern (Konflikte zweiter Ordnung, vgl. Fehmel 2014). Auch wenn hier strategische Überlegungen und Interessen auf den ersten Blick im Vordergrund zu stehen scheinen, wird zu zeigen sein, dass auch diese prognostische Dimension – sowohl die Wahrnehmungen der Akteure als auch ihr strategisches *Framing* – von den Überzeugungen der Akteure abhängig ist: Keynesianische und ordoliberalen wirtschaftspolitische Ideen, die jeweils in den Verbänden verankert sind, lassen Kriseninterventionen in unterschiedlichem Licht erscheinen. Und: Strategische Entscheidungen fallen vor dem Hintergrund angesammelten Erfahrungswissens und vorhandener (politischer) Überzeugungen.

Für alle drei Dimensionen ist in den beiden Auswertungskapiteln ausführlich und konkret zu zeigen, dass und wie die Sozialpartner die Krise *framten*. Vor allem beeinflussten die Überzeugungen und das Vorwissen, das in den Verbänden vorhanden ist (ökonomisches Wissen, politisches Wissen, technisches Wissen, Erfahrungswissen), das Krisen-*Framing*. Darüber hinaus ist zu zeigen, wie die Wahrnehmung der Sozialpartnerschaft durch die Verbände als vorteilhaft, stabil oder brüchig das Krisen-*Framing* prägte und welche Konsequenzen dies für die zukünftige Arbeit hat. Die Einschätzungen der Interview-

partner sollten hier zumindest wichtige Anhaltspunkte bieten. Schließlich sind die in Kapitel VIII analysierten Pressemitteilungen als strategische Interventionen in den öffentlichen Raum darauf ausgerichtet, bestimmte Lösungsvorschläge zu kommunizieren beziehungsweise die Krise mit akteursspezifischen Themen und Forderungen in Verbindung zu bringen. Die Auswertung eines großen Korpus an Dokumenten lässt Aussagen über den zeitlichen Verlauf (2007–2015) zu und erlaubt es, generalisierbare Aussagen zu treffen.

Aufbau des Buches

Das dieser Einleitung folgende Kapitel II vertieft die These der sozialen Konstruktion der Krise, führt einen soziologischen Krisenbegriff ein und stellt die *Framing*-Perspektive als Forschungsperspektive dieser Arbeit vor. Daran anschließend gibt Kapitel III einen Überblick über den Forschungsstand zu den deutschen industriellen Beziehungen und expliziert diese als Teil des deutschen, als *koordiniert* charakterisierten Kapitalismusmodells. Kapitel IV stellt die theoretischen Überlegungen vor, die erklären, warum Akteure die Krise in der Weise *framten*, wie sie es taten: Die vorliegende Arbeit positioniert sich wissenssoziologisch und argumentiert, dass hierfür die Weltdeutungen der Akteure zu untersuchen sind. Neben bereits vorhandenen Deutungsmustern und Paradigmen sind außerdem Vorstellungen über und Erwartungen an bestehende Institutionen (der Sozialpartnerschaft) sowie Interessen, wie sie die Akteure selbst verstehen, in die Erklärung einzubeziehen. Zusammengefasst bestimmt die situative Auseinandersetzung der Akteure mit ihrer Umwelt vor dem Hintergrund kognitiver und normativer Ideen das Handeln der Akteure.

Im Anschluss bietet Kapitel V eine Rechtfertigung des methodischen Vorgehens sowie der Datenerhebung. Um beide Seiten des *Framings*, die eigene Wahrnehmung, wie auch die nach außen gerichtete Kommunikation der Krise, untersuchen zu können, basiert diese Arbeit einerseits auf mit Verbandsvertretern geführten Experteninterviews sowie deren inhaltsanalytischer Auswertung und andererseits auf einer Vollerhebung aller Pressemitteilungen, die die ausgewählten Verbände im Untersuchungszeitraum 2007 bis 2015 mit Bezug zum Begriff Krise veröffentlichten. Durch die Kombination der beiden Datenquellen war es möglich, ein umfassendes Bild inklusive zeitlichem Verlauf zu zeichnen. Die Auswahl der zu untersuchenden Verbände folgte drei Konfliktkonstellationen, nämlich der der Dachverbände, der Bauwirtschaft sowie der Metallindustrie. Untersucht werden also der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), die Industriegewerkschaft Metall, die Metallarbeitgebervereinigung Gesamtmetall, die Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt (IG BAU), der Hauptverband der deutschen Bauindustrie (HDB), sowie der Zentralverband des deutschen Baugewerbes (ZDB).